

Von den Parteien kommt fast nur Destruktives

| | |
|---|---|
| Die Grünen greifen an..... | 1 |
| Die AGFG „Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“ tarnt und täuscht..... | 4 |
| Die Unterschriftensammlung der AGFG „Den Atomkrieg verhindern“ läuft gezielt ins Leere..... | 5 |
| Abschaffung der UNO als Ziel im Grundsatzprogramm der AGFG!..... | 6 |
| Die AGFG will die Totalentlastung der Arbeitgeber vom Sozialbudget..... | 9 |

Augsburg, 29.4.2007. Mit Ausnahme der Linkspartei, deren Organklage gegen den Tornadoeinsatz in Afghanistan wir im Teil 1 behandelten, spielen die anderen Parteien eine miese Rolle. Von SPD und Union wollen wir hier gar nicht reden. Wir wollen auf die Grünen eingehen, die bei der Kundgebung in Augsburg nicht da waren, und die dubiose AGFG „Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“, die dafür massiv da war.

Die Grünen greifen an...

Was auffiel: die Augsburger Grünen – bei der Kamagne gegen den Irakkrieg vor einigen Jahren noch eifrig dabei – glänzten durch Abwesenheit. Die SPD war noch nie dabei bei den Ostermärschen seit sie 1960 ihren Anfang nahmen. Der Angriff des Grünen Bundesvorstands – namentlich von Claudia Roth aus dem Wahlkreis Augsburg-Stadt – auf die Friedensbewegung kam zunächst etwas überraschend. Da Frau Roth später behauptete, die Medien hätten ihre Meinung entstellt, hier die Passage komplett:

Zu den diesjährigen Protestveranstaltungen und Ostermärschen der Friedensbewegung erklären Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und Winfried Nachtwei, MdB und Sicherheits- und Abrüstungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen:

[...] Wir sind uns einig, dass Militär keine Konflikte lösen kann und ein Krieg gegen Iran verhindert werden muss. Geradezu notorisch wenig sagen die Aufrufe allerdings auch in diesem Jahr dazu, wie internationalen Krisen, Gewalt und Krieg begegnet werden kann. Der Blick verengt sich zu oft allein auf die pauschale Ablehnung des Militärischen. Dazu passt, dass die Vereinten Nationen in den Aufrufen auch in diesem Jahr so gut wie gar nicht auftauchen und auch die zivilen Mittel der Krisenbewältigung kaum erwähnt werden. Das ist friedenspolitisch ein Armutszeugnis. Gerade die Stärkung der Vereinten Nationen und der zivilen Friedensförderung braucht öffentliche Aufmerksamkeit, kritische Unterstützung und friedenspolitische Begleitung. Etliche Aufrufe erwecken den Eindruck als seien Bush-Administration, die EU und bundesdeutsche Politik eine einzige „Achse des Bösen“. Eine solche Schwarz-Weiß-Sicht ist so falsch wie friedenspolitisch kontraproduktiv. Friedenspolitik heute braucht auch mehr neues Denken und Differenzierung.¹

Gegen diesen unverschämten Angriff gab es Protest aus den eigenen Reihen, in Form eines offenen Briefes² an die beiden Vorsitzenden Roth und Bütikofer sowie an MdB Nachtwei. Zu den Unterstützern des offenen Briefes zählen etliche Grünen Kreisverbände, bis hin zu Sven Lehmann, Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen NRW und Julia Seeliger, Mitglied des Grünen Bundesparteirats. Vor allem aber kam Protest aus dem Bundesvorstand der Grünen Jugend, darunter von der Sprecherin und der Schatzmeisterin.

¹ Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen Nr.115/07 vom 05.04.2007 *Ostermärsche: Friedenspolitik braucht Bewegung und mehr neues Denken*
http://www.gruene.de/cms/default/dok/177/177543.ostermaersche_friedenspolitik_braucht_be.htm

² <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/Ostermarsch2007/streit.html>

Die Augsburger Grünen hätten als Kreisverband durchaus die Möglichkeit gehabt, sich dem offenen Brief anzuschließen, niemand zwingt sie, Frau Roth aus der Hand zu fressen. Auch die Grüne Jugend Augsburg hält die Klappe. Stattdessen schickt der Stadtverband der Grünen einen Newsletter rum, in dem auf eine *Antwort* von Roth und Nachtwei auf den offenen Brief verlinkt wird.³ Der offene Brief selbst wird auf der Webseite der Grünen ebenso unterschlagen wie im Newsletter des Augsburger Stadtverbandes.

Inzwischen versteht man jetzt besser, wie die „Ablehnung“ des Tornadoeinsatzes in Afghanistan bei der Abstimmung im Bundestag durch Frau Roth gemeint war: nämlich rein taktisch, im Hinblick auf den kleinen Parteitag der Grünen am 14. April, wo Ärger zu erwarten war mit Fundamentalkritikern. Der unverfrorene Angriff von Frau Roth auf die Ostermarschierer und die G8-Gipfelgegner dürfte ebenfalls auf den kleinen Parteitag gezielt haben. Erstens um hier schon im Vorfeld Pflöcke einzurammen und zweitens bei bröckelnder Rückendeckung für diese Politik bei einem Teil der Basis Verstärkung im bürgerlichen Lager zu holen. Und Frau Roth bekam dort die gewünschte Untersützung, z.B. im Leitartikel der Augsburger Allgemeinen von Rudi Wais: „Es ist verrückt. Ausgerechnet Parteichefin Claudia Roth, die einst auf dem Fundi-Ticket ins Amt kam, verteidigt eine Militärmission gegen die Fundamentalisten in ihrer Partei.“⁴ Auch die „Welt“ klopft Frau Roth auf die Schulter: „Paradox ist es schon: Kaum wollen die Grünen – oder zumindest Teile von ihnen – wieder Friedenspartei sein, da funktionieren endlich ihre Krisenreaktionskräfte. Vor allem die von Claudia Roth.“⁵

Die „Welt“ berichtet von der Gründung eines neuen, pazifistischen Flügels in der Partei, einer „Grünen Friedensinitiative“:

Harsch war die Grünen-Chefin in den vergangenen Tagen von der Basis kritisiert worden. Für den Kurs der Grünen in der Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen und für ihre, Roths, Kritik an Ostermarschierern und G-8-Gipfel-Gegnern im Besonderen. Ersteren hatte sie wegen etwas Grün-Gestrigem, der „pauschalen Ablehnung des Militärischen“, in flotter neugrüner Denkweise ein „friedenspolitisches Armutszeugnis“ attestiert. Und letztere hatte sie wissen lassen, völlig falsch zu liegen, wenn sie den G-8-Gipfel in Heiligendamm Anfang Juni als „Vorreiter einer auf Krieg gestützten Weltordnung“ geißelten. Doch dann gründete sich nun ein neuer, pazifistischer Flügel in der Partei, die „Grüne Friedensinitiative“ – und schon rief Roth zur Teilnahme an Anti-G8-Demonstrationen auf. Schließlich steht am Wochenende in Bremen ein kleiner Grünen-Parteitag, der Länderrat, auf dem Programm. Und da muss man im Vorfeld schon mal mit der Basis heulen – wenn man von ihr nicht überrannt werden will. Im Namen des Weltfriedens.

Bei den Grünen rumort es. Zwar ist bereits seit geraumer Zeit ein Basismurren zu vernehmen, doch nun schwillt es bedrohlich an. Bedrohlich vor allem für die Spitze. Manchen in der Partei geht es um nichts Geringeres als um eine Generalrevision von Joschka Fischer, also um eine grundlegende Neuausrichtung der Außenpolitik, die sich, näher betrachtet, als Altausrichtung erweist. Die Friedensinitiative will, wie es in ihrem Strategiepapier heißt, das „bündnisgrüne friedenspolitische Erbe“ bewahren. Die Zustimmung der Partei zum Kosovo-Krieg wird in dem Papier als „entscheidender Dammbbruch“ bezeichnet. Diesem „erste Angriffskrieg in der

³ http://www.gruene.de/cms/themen/dok/178/178369.offener_brief_position_zu_ostermaerschen.htm

⁴ Erstaunlich geräuschlos haben die Grünen eine drohende Blamage abgewendet. Der Versuch, einen außenpolitischen Kurswechsel durchzusetzen, scheiterte beim kleinen Parteitag bereits im Ansatz – weil eine Partei, die sieben Jahre mitregiert hat, die Wirklichkeit nicht einfach ausblenden kann.

Die Bundeswehr raus aus Afghanistan? Eine manifeste Minderheit der Grünen reduziert Friedenspolitik wohlfeil auf eine schlichte Mit-uns-nicht-Rhetorik. Doch was wäre die Alternative? Der zivile Wiederaufbau des Landes ist ohne militärischen Flankenschutz nicht möglich, weil andernfalls die Taliban und die mächtigen Warlords die Macht wieder an sich reißen würden. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob Deutschlands Freiheit tatsächlich am Hindukusch verteidigt werden muss. Aber mitten aus einer, noch dazu von den Grünen mit beschlossenen Mission aussteigen – das geht schon zweimal nicht. Es ist verrückt. Ausgerechnet Parteichefin Claudia Roth, die einst auf dem Fundi-Ticket ins Amt kam, verteidigt eine Militärmission gegen die Fundamentalisten in ihrer Partei. Joschka Fischer würde jetzt sagen: Willkommen in der Wirklichkeit. *Augsburger Allgemeine* 16.4.2007

⁵ Welt online 12.4.2007

http://www.welt.de/politik/article806293/Basismurren_in_der_Partei_des_Stillstands.html

Geschichte der Nato“, dem „Sündenfall“ seien weitere Fehler der Grünen gefolgt. Mit ihrem Ja zum Afghanistan-Einsatz habe „die Zustimmung zum nächsten völkerrechtswidrigen Krieg“ nicht lange auf sich warten lassen. Über die sieben Jahre Regierungsbeteiligung der Grünen ziehen die Verfasser des Papiers eine negative Bilanz: „Keines der vier grünen Prinzipien ‚ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei‘ ist so beschädigt worden wie der friedenspolitische Grundpfeiler“. ⁶

Die „Grüne Friedensinitiative“ hat sich als Reaktion auf die Kritik der Parteispitze an den Ostermärschen gegründet und stellt sich in die Tradition der Ostermärsche. Ihr Aufruf „Das friedenspolitische Erbe der GRÜNEN bewahren! Bündnisgrüne Friedenspolitik erneuern!“ ist lesenswert. ⁷ Immerhin kam es auf dem kleinen Parteitag der Grünen in Bremen zu einer heftigen Kontroverse über die Militärpolitik und speziell den Afghanistaneinsatz. Mit dem Leitantrag "Für eine politisch-zivile Offensive in Afghanistan – ein Strategiewechsel ist notwendig" fing der Vorstand aber die überwiegende Mehrheit der Delegierten ein. ⁸ Die beschlossene Form des Leitantrags enthält fürchterliche Passagen. Grundsätzlich betonen die Grünen in ihrem Beschluss, dass es „nicht um eine Exit-Strategie, sondern um eine Erfolgsstrategie in Afghanistan“ gehe. Dazu gehöre „neben einer zivilen auch eine militärische Komponente“, aber die Grünen verlangen eine „massive Ausweitung“ der zivilen Komponente, zu der sie allerdings vor allem Polizei und Justizwesen zählen. ⁹ Dazu stellte Antonio Negri bereits 2003 grundsätzlich fest: „Wie wird heute Krieg geführt? Gegen wen wird heute

⁶ Welt, ebenda

⁷ <http://gruene-friedensinitiative.de/>

⁸ http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/179/179182.beschluss_fuer_eine_politischzivile_offe.pdf

⁹ [...] Gerade wir Grünen sehen uns in einer besonderen Verantwortung für Afghanistan. Es geht uns daher auch nicht um eine Exit-Strategie, sondern um eine Erfolgsstrategie in Afghanistan. Und es geht uns nicht um das ob einer militärischen Komponente, sondern um das wie und um eine zivile, militärische und drogenpolitische Strategie, die eine Stabilisierung stützt und nicht gefährdet. [...]

Für uns gehört zu einer Unterstützung neben einer zivilen auch eine militärische Komponente. [...]

Für uns ist und bleibt der Einsatz militärischer Mittel zu Recht an hohe Auflagen geknüpft. Die Abwehr von terror- und gewaltbereiten Kräften macht den Einsatz von Polizei und Streitkräften in Afghanistan auch unter Beteiligung der Bundeswehr erforderlich. Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit ist der Aufbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen nicht möglich. [...]

Zwei Punkte gehören in den Mittelpunkt einer geänderten Strategie: Die massive Ausweitung, Effektivierung und Koordinierung der zivilen Anstrengungen für Afghanistan und eine Veränderung des militärischen Vorgehens im Süden. Priorität muss der Aufbau von Infrastruktur, Polizei und Justizwesen haben. [...]

Auch die Staaten Europas sollten wie die USA in der Lage sein, gemeinsam mindestens zwei Milliarden zusätzlich für Afghanistan bereitzustellen. Deutschland leistet einen qualitativ hervorragenden Beitrag zum Polizeiaufbau in Afghanistan, allerdings ist dieser mit etwa 40 Polizisten viel zu gering. Hier brauchen wir eine deutliche Aufstockung der Mission. Ein erfolgreicher Polizeiaufbau in Afghanistan kann nicht mit dem amerikanischen Vorgehen gelingen, paramilitärische Einheiten im Schnelldurchlauf durch private Sicherheitsfirmen auszubilden. Daher sollten sich Deutschland, die EU und die USA auf eine gemeinsame kohärente Strategie für die Polizeiausbildung verständigen. [...]

Die hohe Zahl ziviler Opfer entfremdet die Bevölkerung immer stärker von der internationalen Gemeinschaft und der Kabuler Regierung. Dieses militärische Vorgehen ist kontraproduktiv. Dass es auch anders geht, zeigt das niederländische Vorgehen im Süden, welches auf Kooperation und Dialog und punktuelle Militäreinsätze setzt. [...]

Die gerade innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN intensiv geführte Debatte um die Entsendung von Tornados zu Aufklärungszwecken hat deutlich gemacht, wie problematisch der Einsatz ohne den erkennbaren Primat ziviler Ziele und ohne eine wirklich massive Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau sein kann. Ohne den geforderten Strategiewechsel läuft auch ISAF Gefahr, die begonnene Entfremdung zwischen wachsenden Teilen der Bevölkerung und den internationalen Einsatzkräften – zivil oder militärisch, staatlich oder nicht-staatlich – zu vertiefen und den Erfolg des gesamten Projektes in Frage zu stellen. [...]

Wir fordern die Bundesregierung auf, den deutschen Gesamtbeitrag umfassend zu evaluieren und sich für die Einberufung einer London-Konferenz II zur grundsätzlichen Überprüfung und Neuausrichtung des „Afghanistan Compact“ einzusetzen mit dem Ziel, den zivilen Beitrag für Sicherheit und Stabilität anstelle einer Verengung des Gesamtblicks auf militärische Komponenten zu betonen, konkret:

Krieg geführt? Was wird heute verteidigt? Und was unterscheidet eine weltweite Polizeioperation, also die Administration, die Machtausübung im imperialen Raum, von dem, was Zeitungen gewöhnlich, ‚Krieg‘ nennen?¹⁰

Die Annahme dieses katastrophalen Antrags erfolgte mit fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen, was nicht unterschätzt werden darf, da der kleine Parteitag der Grünen, sprich Länderrat, erstens relativ klein ist und zweitens ganz wesentlich von Bundes- und Landesvorständen sowie Mandatsträgern besetzt ist. Auf der heuer noch anstehenden Bundesdelegiertenkonferenz könnte die Sache schon anders aussehen. Aus Bayern waren auf dem Bremer Länderrat z.B. sechs Mitglieder vertreten, darunter auch Kirsi Hofmeister-Streit, KV Augsburg, die ihre Möglichkeiten wahrscheinlich nicht genutzt hat.

Die AGFG „Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“ tarnt und täuscht

Die Grünen sind aber nicht die einzigen, die die Friedensbewegung belehren wollen („Friedenspolitik heute braucht auch mehr neues Denken und Differenzierung.“) Eine Truppe, die sich AGFG nennt, nahm in Augsburg relativ massiv teil und teilt uns mit: „Es ist höchste Zeit für eine Neue Friedensbewegung“. Radikal und anmaßend, wie die „Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“ ist, will sie die Friedensbewegung gleich durch eine „Neue“ ersetzen. Die „Neue Friedensbewegung“ schreibt sich groß und wird selbstverständlich von der Partei AGFG erstens initiiert und zweitens geleitet und drittens instrumentalisiert – und das möglichst weltweit.¹¹ Der bayerische Landesvorsitzende Ion Bodi, der aus Augsburg stammt, ließ sich auch auf den Königsplatz sehen.¹² Die Augsburger Allgemeine brachte es fertig, zumindest bildlich die Kundgebung der AFI zu reduzieren auf ein Auftreten der AGFG. Diese wird das als einen Erfolg ihres marketing-mäßigen Sich-in-Szene-Setzens verbuchen.

-
- Signifikante Erhöhung der Mittel im Sicherheitsbereich, d.h. v.a. Aufstockung der deutschen personellen und finanziellen Beiträge zum Polizeiaufbau, Schaffung einer europäischen Polizeimission;
 - deutliche Stärkung der Anstrengungen der Internationalen Gemeinschaft für den Aufbau des Justizwesens durch die EU;
 - einheitliche Strategie der Staatengemeinschaft gegen die Drogenwirtschaft mit dem Aufbau von alternativen Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft;
 - Initiierung von zahlreichen zusätzlichen und sichtbaren Wiederaufbauprojekten auch und gerade in ländlichen Regionen;
 - Verbesserung der Koordination der zivilen, polizeilichen und militärischen Beiträgen von EU, NATO, VN und USA
 - Verstärkung der Effektivität des zivilen internationalen Engagements.

¹⁰ Antonio Negri, Rückkehr, Alphabet eines bewegten Lebens, zitiert nach Politische Berichte 16-17/2003, GNN-Verlag

¹¹ Die AGFG ging 2005 aus der „Rath-Foundation“ hervor, einem Vertriebs- und Werbekanal für die Rath'schen Vitaminpräparate. Lutz Kliche, erster Vorsitzender der AGFG ist gleichzeitig Marketingchef der in Almelo/Holland ansässigen Firma MR Publishing B.V., die vor allem Werbeveranstaltungen für Rath organisiert und Broschüren zur Zellularmedizin herausgibt. http://de.wikipedia.org/wiki/Allianz_f%C3%BCr_Gesundheit,_Frieden_und_soziale_Gerechtigkeit#_note-5

Sowohl der Deutschland-Sitz der „Rath-Foundation“ – über die per Umweg über die Niederlande die in Deutschland nicht zugelassen Produkte von Matthias Rath bezogen werden können – als auch die Parteizentrale der AGFG, sind im selben Haus in der Berliner Friedrichstraße untergebracht. Der Marketingchef von Raths MR-Publishing, Lutz Kliche, ist zugleich Bundesvorsitzender der Rath-Partei. <http://www.oekotest.de/cgi/nm/nm.cgi?doc=akt-140905-rath>

¹² Ion Bodi war (ist) neben dem Parteigründer Dr. Matthias Rath auch stellvertretender Vorsitzender der Partei. Er wurde nach eigenen Angaben „mit Glasnost und Perestroika“ Ende der 80-iger Jahre „politisch aktiv“ und „kämpfte für die Freiheit des Landes“, das er 1974 hatte verlassen müssen – Rumänien. Seit letztem Jahr führt er im Auftrag von Dr. Raths *Gesundheitsallianz* einen regelmäßigen Themenabend in Augsburg durch, jeden ersten Montag im Monat um 19:00 Uhr im Rest. Wienerwald, Johannes-Haag-Str. 1

AUF SCHREI! Stoppt den Atomkrieg!

Die Welt steht unmittelbar vor einem möglichen Atomkrieg. Angesichts der weltweit vorhandenen atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen birgt ein solcher



Krieg ein unkalkulierbares Risiko und ist eine Bedrohung für die gesamte Menschheit. Der Tod von Millionen Menschen und die Verseuchung unseres Planeten auf Generationen hinaus ist eine ganz reale

Gefahr. In dieser Situation stellen wir, die Menschen der Erde, alles Trennende beiseite, um uns gemeinsam für eine Sache einzusetzen: Die Verhinderung eines Atomkrieges und das Überleben der Menschheit. Wir, Menschen unterschiedlicher Herkunft, politischer Überzeugungen, Religion und Hautfarbe erheben unsere Stimme gemeinsam.

Wir fordern die Bundesregierung, alle Atom-mächte und alle Regierungen der Erde auf, sich sofort, öffentlich und eindeutig gegen einen Atomschlag und jede andere Form von Angriffskriegen einzusetzen.

Ich unterstütze diese Forderung:

| Name | Adresse | Unterschrift |
|------|---------|--------------|
| | | |
| | | |
| | | |

Dieser Aufruf wurde initiiert von der „Allianz für Gesundheit, Frieden und Soziale Gerechtigkeit (AGFG)“. Die AGFG ist die einzige politische Partei in Deutschland die den Erhalt des Friedens in ihrem Namen trägt. Für uns ist Frieden nicht nur ein Programm-punkt, sondern Teil unserer Identität. Wir laden die Mitglieder aller anderen Parteien und Organisationen ein, sich über alle politischen Differenzen hinweg in dieser für das Überleben der Menschheit entscheidenden Frage mit uns einzusetzen. Sofortiges Ziel muss die Gründung eines Aktionsbündnisses sein, das die jetzt notwendigen Schritte plant und umsetzt. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf! Bundesvorstand der AGFG, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, Tel. 030-246479-200, www.agfg.de

Die Unterschriftensammlung der AGFG „Den Atomkrieg verhindern“ läuft gezielt ins Leere

Neben dem Grundsatzprogramm¹³ ist die Dresdner Erklärung die wichtigste programmatische Grundlage der AGFG.¹⁴ Hier steht der „Atomkrieg“ im Mittelpunkt. Die aktuelle Kampagne lautet „AUF SCHREI! Stoppt den Atomkrieg!“¹⁵

Liest man sich den Aufruf der AGFG, unter den sie auch Unterschriften sammelt, durch (s. vorige Seite), so stutzt man unwillkürlich: Ein Atomkrieg stehe „unmittelbar“ bevor. Wer gegen wen? Die „Menschen der Erde stellen alles Trennende beiseite“, um sich für die „eine Sache“ einzusetzen. Also nicht mehr die „Volksgemeinschaft“ der Rechten, in der alle Klassenunterschiede beseitigt sind, sondern die klassenlose Weltgemeinschaft?

¹³ <http://www.agfg.de/grundsatzprogramm/>

¹⁴ <http://www.dresdner-erklaerung.de/>

¹⁵ <http://www.stopnuclearwar.org/de/aufschrei/index.php>

Und was ist die „eine Sache“? Die „Regierungen“ sollen sich „gegen einen Atomschlag und jede andere Form von Angriffskriegen“ „einsetzen“. Ist das alles? Sollen die Regierungen nicht abrüsten, vor allem nuklear, Konventionen und Völkerrecht einhalten, dem Atomwaffensperrvertrag beitreten bzw. ihn einhalten und über eine neue Atomwaffenkonvention verhandeln? Soll nicht jegliche Atomwaffenentwicklung gestoppt werden? Ist die Forderungen nach Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und das Beenden der nuklearen Teilhabe nicht elementar für die Friedensbewegung in Deutschland? Muß man nicht fordern, dass Europa darf keine Atomwaffenmacht werden darf und z.B. EADS die Beteiligung an und Entwicklung von Nuklearwaffenprogrammen untersagt werden muß?

Die Unterschriftensammlung der AGFG „Den Atomkrieg verhindern“ ist politisch völlig wertlos und sogar schädlich, weil sie bestehende internationale Bemühungen, Organisationen und Kampagnen ignoriert und im Grunde wegwischt und unterläuft. Dazu zählt z.B. die internationale Kampagne „Abolition Now!“¹⁶ und das internationale Städtebündnis „Mayors for Peace“, das wir in Teil 1 behandelt haben aber auch die elementare Rolle der UNO im Kampf gegen die Verbannung von Atomwaffen.

Abschaffung der UNO als Ziel im Grundsatzprogramm der AGFG!

Die UNO spielte von Anfang an eine zentrale Rolle im Kampf gegen die atomare Bewaffnung. Die erste Resolution einer UNO-Vollversammlung stammt aus dem Jahr 1946. Diese Versammlung stand noch unter dem Schatten der amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Daher stand die Forderung nach einem Plan, "wie man Atomwaffen und alle übrigen großen Massenvernichtungswaffen aus den nationalen Arsenalen verbannen kann", für die neue Organisation an oberster Stelle. 1961 erklärte die UNO-Vollversammlung: "Jedes Land, das nukleare oder thermonukleare Waffen einsetzt, verletzt die Charta der Vereinten Nationen, dieser Staat verstößt gegen die Gesetze der Humanität und begeht ein Verbrechen gegen die Menschheit und die Zivilisation. So würde dies bewertet werden". Kofi Annan vertrat die Position, dass alle Atomwaffen Waffen des Terrors seien und gleichermaßen als unmoralisch, illegal, illegitim und gefährlich gelten sollten. Ein solches grundsätzliches Prinzip könnte die nötigen Voraussetzungen schaffen für "gemeinsame globale Strategien", wie sie nötig seien, um "an beiden Fronten gleichzeitig Fortschritte zu erzielen". Mit den beiden Fronten meint Annan die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und die Abrüstung.

Diese konkreten Fronten der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und der Abrüstung, wie sie der UNO-Generalsekretär benannte, sind nicht die Fronten der AGFG. Die Front der AGFG richtet sich gegen die UNO selbst! Laut Grundsatzprogramm der AGFG „fehlt den Vereinten Nationen samt ihren Unterorganisation jegliche völkerrechtliche Legitimation“. Die AGFG macht sich ganz unverblümt für die Abschaffung der UNO stark: „Die Menschen der Erde haben die historische Chance, ein Kapitel der Weltgeschichte zu beenden [...]“. Ersetzt werden soll die UNO durch eine „Allianz der Nationen“. Damit wären sämtlich Institutionen und das gesamte Völkerrecht, das auf der UNO basiert, aufgehoben. Wahrlich ein Beitrag der AGFG zum Weltfrieden! Die AGFG bezeichnet diese „Allianz

¹⁶ Hier z.B. wichtige Forderungen der internationalen Kampagne „Abolition Now!“: **Die deutsche Kampagne „...auf keinem Auge blind! atomwaffenfrei bis 2020“** ist Teil der **internationalen Kampagne „Abolition Now!“**, die vom globalen Netzwerk „Abolition 2000“ von über 2000 Organisationen weltweit getragen wird. Darüber hinaus hat sich ein neues europäisches Netzwerk geformt, das sich „Abolition 2000 Europa“ nennt. Der deutsche Trägerkreis schließt etwa 40 Organisationen zusammen. Er versteht sich als „deutsche Sektion“ des „Abolition-2000“-Netzwerks und „Abolition 2000 Europa“. Um die deutsche Kampagne „...auf keinem Auge blind!“ durchzuführen, hat der Trägerkreis einen Kampagnenrat gebildet. [...]

Die wichtigsten Forderungen der Kampagne „...auf keinem Auge blind! atomwaffenfrei bis 2020“ wurden bereits Ende 2003 festgelegt: **eine atomwaffenfreie Welt bis 2020, deshalb Verhandlungen über eine Atomwaffenkonvention ab 2005; Stopp jeglicher Atomwaffenentwicklung; der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und das Beenden der nuklearen Teilhabe; Europa darf keine Atomwaffenmacht werden; kein Weiterdrehen an der Bedrohungsschraube (z.B. durch Entstehung weiterer Atomwaffenstaaten).** Wichtig für die Kampagne ist die Zusammenarbeit mit dem weltweiten Bürgermeisterverband „Mayors for Peace“ und die Unterstützung von dessen Kampagne „2020 Vision“. Durch diese Ebene spannen wir einen Bogen zwischen der diplomatischen Ebene und der lokalen Ebene. *Strategiepapier zum Thema Atomwaffen in 2005, Xanthe Hall, IPPNW*

der Nationen“ auch als „Weltregierung“. Und wer sich dieser Weltregierung nicht beugt? Für diese Kräfte wird schon im Grundsatzprogramm der AGFG der Knüppel geschitzt:

Internationales Sicherheitssystem. Um ihre Mitglieder vor Bedrohungen, Angriffen und Besetzung durch Nicht-Mitgliedsstaaten zu schützen, entwickelt und unterhält die „Allianz der Nationen“ ein Verteidigungssystem, einschließlich einer Friedenstruppe, die ausreicht, um sich einer solchen Bedrohung wirksam entgegenstellen zu können. Die „Allianz der Nationen“ garantiert den ausschließlichen Verteidigungscharakter einer solchen Truppe.¹⁷

Nach diesen Recherchen kommen wir eigentlich zu dem Schluss, dass eine Truppe wie die AGFG in der Friedensbewegung nichts zu suchen hat.

Mit dieser Position würde die AGFG im Grunde auch den Atomwaffensperrvertrag mit den vereinbarten Überprüfungskonferenzen liquidieren. Der Atomwaffensperrvertrag "Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen", abgekürzt "NVV", also "Nicht-Verbreitungs-Vertrag" ist zwar außerhalb der UNO geschlossen worden, aber seit seiner Unterzeichnung am 1. Juli 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien und seinem Inkrafttreten 1970 sind ihm 188 Staaten beigetreten, die mit Ausnahme des Vatikans alle UNO-Mitglieder sind. Nicht nur, dass die Mitglieder der UNO und des NVV fast deckungsgleich sind – der NVV knüpft auch direkt an das von den Vereinten Nationen gesetzte Völkerrecht an. Wir zitieren die entsprechenden Passagen aus dem NVV¹⁸:

Präambel, Abs. 13:

Verpflichtung, jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen.

[...] im Einklang mit Entschlüssen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, worin der Abschluss einer Übereinkunft zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen gefordert wird, [...]

eingedenk dessen, dass die Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen und dass die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter möglichst geringer Abzweigung menschlicher und wirtschaftlicher Hilfsquellen der Welt für Rüstungszwecke zu fördern ist

Hinzu kommen die Bestimmungen des NVV über die Registrierung des Vertrages bei der UNO und über die Mitteilungspflicht bei Austritt eines Staats auch gegenüber der UNO.

Die Dämonisierung der Pharma-Industrie durch die AGFG als verantwortlich für alles Übel im In- und Ausland einschließlich eines Atomkrieges führt politisch völlig in die Irre. Die AGFG behauptet nicht nur, die Pharmaindustrie kontrolliere auch heute wieder unser Gemeinwesen¹⁹, sie reduziert zum Beispiel den Angriff der NATO auf das Kosovo als ein reines „Ablenkungsmanöver“ zur Vertuschung eines Pharma-Investmentgeschäftes.²⁰ Auch hier wäre festzustellen, eine Organisation, die so etwas

¹⁷ Grundsatzprogramm S. 138

¹⁸ http://www.friedensbuendnis-ka.de/texte/2006/20061012_nv.html

¹⁹ Der Gründer Matthias Rath in einer Rede am 21. Juni 1997 in Chemnitz

²⁰ **Die Hintergründe des Kosovo-Krieges**

Mit der Abwahl ihres politischen Handlungers Helmut Kohl suchten sich auch die Pharma-Investmentkreise, die im Wesentlichen über die Deutsche Bank koordiniert wurden, eine neue Heimat. Die Wahl fiel auf die USA, wo gerade ein gewisser George Bush sich anmachte, die Interessen der Rockefeller Gruppe im Weltmaßstab über das Weiße Haus und das Pentagon zu koordinieren.

Um diesen gigantischen Wechsel des Pharma-Investmentgeschäftes von der ehemaligen Hochburg Deutschland in die neue Hochburg USA zu koordinieren wurde beschlossen, dass die Deutsche Bank mit einer der größten US-Investment Banken, Bankers Trust of America fusioniert. Alles war perfekt vorbereitet, doch dann passierte es: Der in New Yorker für Konzern-Fusionen zuständige Regierungsbeamte Alan Hevisi drohte die Multi-

behauptet, verbreitet nicht nur sektenhafte Verschwörungstheorien, sondern vertuscht gezielt die Gründe dieses Krieges und fällt der Friedensbewegung in den Rücken.

Das von der AGFG propagierte „Recht auf Gesundheit“ gleicht einem Heilsversprechen, das in religiöse Tiefen hinein reicht.²¹ Formulierungen wie die „Ausmerzung“ von sogenannten „Volkskrankheiten“ lassen aufhören. Der Begriff „Volkskrankheit(en)“ kommt übrigens 37mal vor im Grundsatzprogramm, der Begriff „Ausmerzung“ kommt in diesem Zusammenhang 19mal vor. Nun sind wir damit noch nicht bei Konrad Lorenz, der in einer Schrift von 1940 die Notwendigkeit einer „Ausmerzung ethisch Minderwertiger“ erörterte und voraussagte: „Versagt diese Auslese, mißlingt die Ausmerzung der mit Ausfällen behafteten Elemente, so durchdringen diese den Volkskörper in biologisch ganz analoger Weise und aus ebenso analogen Ursachen wie die Zellen einer bösartigen

Milliarden-Fusion platzen zu lassen, mit dem Argument, die Deutsche Bank habe ihre Vergangenheit bei der Finanzierung der Nazi-Machtergreifung, des II. Weltkrieges sowie beim Bau des Konzentrationslagers Auschwitz noch nicht gesühnt.

Um den Umzug des Pharma-Investmentgeschäftes in die USA doch noch zu ermöglichen musste ein Ablenkungsmanöver geschaffen werden, das die Medien und die Weltöffentlichkeit so lange in Atem hielt, bis die Fusion der Investmentbanken unter Dach und Fach war.

Dies war der Beginn des Kosovo Krieges.

Schröder und Fischer wurden geradezu zu „Architekten“ für diesen Krieg. Auch Oskar Lafontaine – damals noch der dritte Mann an den Schalthebeln politischer Macht in Deutschland – wusste davon, schwieg aber aus unerklärlichen Gründen. Am 24. März 1999 fielen die ersten Bomben im Kosovo.

Am 4. Juni 1999 verkündete die Deutsche Bank, dass die Fusion mit Bankers Trust of America von den US-Behörden genehmigt sei und damit unter Dach und Fach. Am selben Tag (!), den 4. Juni 1999, drei Monate nach Beginn der Bombardierung des Kosovo und über 10.000 Tote später, wurde der Kosovo-Konflikt in einer feierlichen Erklärung durch Bundeskanzler Schröder in Köln für beendet erklärt. Gerhard Schröder ließ sich feiern – der Kosovo Friedensschluss bekam den Beinamen ‚Pax Schröder‘.

Im Windschatten des Kosovo-Krieges war das gesamte Pharma- Investment-Geschäft aus der Heimat der abgewählten Pharma-Marionette Kohl in die Heimat der neuen Pharma-Marionette George W. Bush umgezogen. *Grundsatzprogramm der AGFG S. 108/109*

²¹ Zur Festlegung auf die Gesundheit als eine Art Heilsversprechen s. den kritischen Artikel bei *medicus mundi* „Andere verstehen und ihre Rechte anerkennen...“ – Weltbild, Menschenrechte und Gesundheit <http://www.medicusmundi.ch/mms/services/bulletin/bulletin200502/kap04/18ita.html>:

Das Recht auf Gesundheit – das Recht auf den „bestmöglichen Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens“ – ist ein Heilsversprechen, das in religiöse Tiefen hinein reicht. Public Health, die auf einem so breiten Verständnis fusst, ist aufgefordert, ihren praktischen Beitrag an eine bessere Welt deutlich zu fassen, um sich nicht in der Weite des Unfassbaren zu verlieren. Es bedarf dazu weder neuer Moral-Appelle in Form zusätzlicher Erklärungen [...]

Auch für Public Health, die sich als massgebende Hüterin des Weltwohls zu verstehen scheint, ist es an der Zeit, sich mit ihren weltanschaulichen Grundlagen zu beschäftigen. Die formale Abstützung auf die Präambel der WHO-Satzung von 1946 und auf die weiteren institutionellen Erklärungen, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts erfolgten (Alma Ata, Ottawa), genügt nicht.

Eine Besinnung auf die Bedeutung und den Kontext von Gesundheit im Leben tut not. Heute besteht die Tendenz, nicht zuletzt im Zuge der „Advocacy“ für die Gesundheit, die komplexe Interdependenz des Lebens einseitig auf die Gesundheit zu reduzieren: Menschenrechte sind ein Gesundheitsproblem, wie auch die Erziehung und die Sicherheit. Diese Überdehnung kann so zu seltsam platten Feststellungen führen, wie „Gewalt und Folter sind gesundheitschädigend“, „Atomwaffen schädigen die Gesundheit“ (!).

Es ist offensichtlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit, Glück und Gesundheit besteht. Betrachtet man die Beziehungen dieser Werte und Wunschvorstellungen fragmentiert als solche der Domänen des „Rechts“, der „Seelsorge“ (Religion oder Psychologie) und der „Medizin“ und ordnet man sie streng verschiedenen Institutionen und Organisationen zu,

Geschwulst [...]“ Aber der „gesunde Staat“ spielt schon eine Rolle bei der Programmatik der AGFG, man kann sogar hören: „Ein gesunder Staat braucht gesunde Menschen.“²²

Das Motiv der AGFG, im Auftrag der Firmen von Dr. Rath an Geld und Propagandamöglichkeiten für hierzulande nicht zugelassene Medikamente zu kommen etc. wollen wir hier ebensowenig verhandeln wie die medizinische Fragwürdigkeit bis Gefährlichkeit der Gesundheitstheorien der AGFG. Festgehalten werden soll hier auf jeden Fall noch zur Einschätzung dieser „Partei“, dass sie eine völlig undemokratische Struktur hat – so werden die Bundesparteitage z.B. geheim abgehalten und über Neuaufnahmen entscheidet der Bundesvorstand²³ – und dass es mit der „sozialen Gerechtigkeit“ dieser Partei nicht weit her ist.

Die AGFG will die Totalentlastung der Arbeitgeber vom Sozialbudget

Die „Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“ legt in ihrem Grundsatzprogramm die brutalste Kostendämpfung im Gesundheitswesen auf, die wahrscheinlich je eine Partei im Nachkriegsdeutschland formuliert hat. Und diese Kostendämpfung – sprich Kahlschlag – erstreckt sich auf noch ganz andere Bereiche als das Gesundheitswesen. Wir glauben das trotz einer äußerst hinterhältigen und schmutzigen Darstellung der AGFG, die dem Zynismus rechter Parteiprogramme an Raffinesse weit überlegen ist, nachweisen zu können.

so erstaunt nicht, dass sich erhebliche „Schnittstellenprobleme“ aufdrängen.

Steigt man jedoch in die Tiefe des Lebens und sucht man das verbindende Prinzip, ist zu entdecken, dass der Zusammenhang von Gerechtigkeit, Glück und Gesundheit vielmehr im grossen ethischen Grundsatz des Respekts allen Lebens und des Mitgefühls mit allen Lebewesen zu finden ist – einem Grundsatz, wie er in allen Kulturen seit Tausenden von Jahren verwurzelt ist. Statt diesem Urgrundsatz des Lebens zu dienen und daraus Kraft und Sinn zu gewinnen, etabliert sich der Begriff „Gesundheit“ als eigenständiger Wert und verkürzt die Würde und den Sinn des Lebens auf ein „Recht auf Gesundheit“. Die ganze Existenz droht als Funktion der „Gesundheit“ definiert und damit „medikalisiert“ zu werden. Überspitzt lässt sich feststellen, dass mit dem „salutogenetischen“ Ansatz gar das Leben an sich in eine „Ressource“ der „Gesundheit“ verkehrt wird. [...]

Public Health, meine ich, sollte sich vom abstrakten und kaum noch fassbaren Supersubstantiv „Gesundheit“ verabschieden und sich stattdessen auf das Eigenschaftswort „gesund“ besinnen, das seinen Sinn erst in Verbindung zum beschriebenen Objekt entfaltet: „gesundes“ Wahrnehmen, „gesundes“ Denken, „gesunde“ Einstellung, „gesunde“ Lebensbedingung. „Gesund“ erhält hier seine ursprüngliche Bedeutung zurück: „stark“, „kräftig“, „vital“.

Vgl. das Leitbild von *Medicus Mundi Schweiz*: im Netzwerk arbeiten. Nicht eine einzelne Organisation beansprucht den Schlüssel zur Volks- oder Weltgesundheit. Man ist der Auffassung, gemeinsam sind wir stärker! – ein Gedanke, den die ADFG nicht kennt.

http://www.medicusmundi.ch/mms/network/basics/Leitbild/file0508159869/file/at_download

„Gesundheit wird in erster Linie durch politische, ökonomische und soziale Faktoren und die unmittelbare Lebensumwelt bestimmt.“ (Medicus mundi) Eine brutale, irreal Reduzierung dieser vielfältigen Faktoren, wie sie die AGFG vornimmt, kann nicht zu „Gesundheit“ führen.

²² Rede von Josef Feld, AGFG-Landtagskandidat in Rheinland-Pfalz <http://rlp.agfg.de/aktuell/2006apr/feld.html>

²³ So werden die Bundesparteitage nicht – wie üblich – öffentlich abgehalten, sondern sie sind als geheimer Delegiertenkongress organisiert; wobei jeweils 250 Mitglieder eines Landesverbandes durch einen Delegierten vertreten werden. Der Bundesparteitag besteht demnach neben dem Bundesvorstand derzeit lediglich aus 16 Personen. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet des Weiteren ausschließlich der Bundesvorstand, nicht aber die Landesgruppen, so dass insgesamt die Möglichkeit der Mitbestimmung durch die Parteimitglieder stark eingeschränkt ist. Der Parteirechtsexperte Thilo Streit wird hierzu zitiert: „Es ist fraglich, ob die AGFG den Vorgaben des § 2 Parteiengesetz hinreichend entspricht.“ http://de.wikipedia.org/wiki/Allianz_f%C3%BCr_Gesundheit,_Frieden_und_soziale_Gerechtigkeit



Schaubild 1



Schaubild 2

Die Schaubilder stammen aus dem Grundsatzprogramm der Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit aus dem Jahre 2005.²⁴ Die AGFG enthüllt hier sehr deutlich, was sie unter „sozialer Gerechtigkeit“ versteht: Die Steigerung der Gewinne von einem Drittel-Anteil in ihrem „3 Drittel-Modell“ (Schaubild 1) auf etwa die Hälfte (Schaubild 2). Diese ungeheure Steigerung des Gewinnanteils soll laut Grundsatzprogramm der AGFG erreicht werden durch eine drastische Senkung der Lohnnebenkosten von einem Drittel-Anteil (Schaubild 1) auf unter 10% (Schaubild 2).

²⁴ S. 26 u. 27 <http://www.agfg.de/grundsatzprogramm/>

Lohnnebenkosten 2004

| | in Prozent der Arbeitskosten (= Bruttolöhne u. -gehälter plus Lohnnebenkosten) |
|--|--|
| Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung | 13,7 |
| Rentenversicherung | 6,2 |
| Arbeitslosenversicherung | 2,0 |
| Kranken- und Pflegeversicherung | 4,5 |
| Unfallversicherung | 0,8 |
| sonstige Beiträge (v.a. Insolvenzgeldumlage) | 0,2 |
| Betriebliche Altersversorgung | 4,0 |
| Lohn- und Gehaltsfortzahlung | 2,5 |
| Alters- und Gesundheitsvorsorge von Beamten | 2,4 |
| Kosten des Personalabbaus | 1,1 |
| sonstige freiwillige Sozialleistungen | 0,7 |
| Sonstige Aufwendungen (Anwerbungskosten, Berufskleidung) | 0,2 |
| Berufliche Aus- und Weiterbildung | 0,5 |
| Kosten für Auszubildende | 1,3 |
| Erstattungen | -0,2 |
| Lohnnebenkosten insgesamt | 26,2 |

Quelle: Was kostet Arbeit in Deutschland? Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004, Statistisches Bundesamt 2006

Wir haben in obiger Tabelle einmal aufgelistet, was zu den „Lohnnebenkosten“ alles gehört. Insgesamt machen die Lohnnebenkosten 26,2 % der gesamten Arbeitskosten aus (die Arbeitskosten sind die Bruttolöhne und -gehälter inklusive der Lohnnebenkosten der Arbeitgeber). Wenn diese Lohnnebenkosten im „Drittel-Modell“ der AFG von einem 33%-Anteil auf einen Anteil unter 10% gedrückt werden sollen, so bedeutet das umgerechnet eine Senkung des Anteils der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten von 26,2 auf etwa 7,5 %.

Um das zu erreichen, genügt es nicht, die Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung drastisch zu reduzieren. Selbst bei einer kompletten Streichung der Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung würde sich der Anteil der Lohnnebenkosten an den Arbeitskosten nur um 4,5 Prozentpunkte vermindern. Angestrebt wird von der AGFG aber eine Senkung um etwa 18,7 Prozentpunkte.

Das bedeutet: selbst bei einer radikalen Umgestaltung des deutschen Gesundheitswesens nach den Forderungen der AGFG ist eine Reduktion der Lohnnebenkosten in dem von der AGFG anvisierten Ausmaß völlig unmöglich – außer man tastet auch die anderen Bestandteile der Lohnnebenkosten an und rasiert diese brutal. Um eine von der AGFG anvisierte Senkung der Lohnnebenkosten um 18,7 Prozentpunkte zu erreichen, müßte man sämtliche gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu Sozialversicherung streichen, also neben den Beiträgen zu Kranken- und Pflegeversicherung auch die Beiträge zur Rentenversicherung, Arbeitslosen- und Unfallversicherung sowie die Insolvenzgeldumlage. Zusätzlich müßte man beispielsweise die betriebliche Altersversorgung ganz kappen sowie sämtliche freiwilligen Sozialleistungen sowie die Aufwendungen der Arbeitgeber für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Eine solche rabiate Vernichtung praktisch sämtlicher gesetzlich und betrieblich erkämpfter Beiträge der Arbeitgeber zum Sozialbudget wagen weder Radikalliberale in der FDP noch rechtsextreme Parteien zu fordern!

Peter Feininger